

Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

OSTPOLITIK ALS EUROPA-POLITIK

Heinrich Böx

Die Vertragsabschlüsse mit Moskau und Warschau fordern die Frage heraus, wie sie sich auf die Lage in Europa auswirken werden. Europa ist in dem Vertrag von Moskau angesprochen. Beide Parteien verpflichten sich, die territoriale Integrität aller Staaten in Europa zu achten. Außerdem erklären sie ihre Absicht, alles von ihnen abhängende zu tun, eine Konferenz über Fragen der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa vorzubereiten und durchzuführen. Das sind Fragen, die im Westen zum Aufgabenbereich der NATO und EWG gehören, im Osten zu dem des Warschauer Paktes und RgW (Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe = Comecon). Damit eröffnet sich die Perspektive, daß beide Systeme in Beziehung zueinander treten und Instrumente einer europäischen Politik werden. Ist das möglich und nützlich angesichts ihrer strukturellen Asymmetrie?

Die NATO ist ein freiwilliges Verteidigungsbündnis. Als Frankreich sich von der Allianz distanzierte, zog das Hauptquartier nach Brüssel. Als die Vorgänge in der CSSR den Zusammenhalt des Warschauer Paktes zu bedrohen schienen, wurde die gestörte Ordnung mit Gewalt wiederhergestellt. Die EWG ist von Anfang an viel mehr als ein wirtschaftlicher Zweckverband gewesen. In ihr verdeutlichte sich, wenn auch mit Hemmnissen, die fast lautlose Revolution in Westeuropa. Wir schicken uns an, von einer zweihundertjährigen Geschichte Abschied zu nehmen. Sie endete auf den Schlachtfeldern des zweiten Weltkrieges. Die souveränen Nationalstaaten, die sich in extremen Fällen bis zur absoluten sittlichen Norm steigerten, verlassen, wenn auch manchmal zögernd, die weltgeschichtliche Büh-

Nr. 11/12 15. Dezember 1970

AUS DEM INHALT

Ostpolitik als Europa-Politik 1

Das "C" - ein Symbol der Rückständigkeit?
Eberhard Stammler 7

16. Bundestagung im Rückblick
Peter Egen 10

Leserbriefe 12

Auszüge aus Interviews 17

Aus unserer Arbeit 19

*DER EVANGELISCHE ARBEITSKREIS
DER CDU/CSU WÜNSCHT DEN LESERN
DER "EVANGELISCHEN VERANTWORTUNG"
EINE GESEGNETE WEIHNACHT SOWIE
GLÜCK UND ERFOLG FÜR DAS VOR
UNS LIEGENDE NEUE JAHR.*

ne. Das Zeichen ihrer Würde, die Macht, ist übertragbar geworden, auf gemeinschaftliche Einrichtungen, in denen das Prinzip der Gleichberechtigung und Selbstbestimmung gilt. In richtiger Einschätzung des Anspruchs, den die Geschichte an sie stellt, arbeiten die in ihnen zusammengeschlossenen Staaten stellvertretend für ganz Europa an einer neuen Ordnung unseres Kontinents. Die Integration der Volkswirtschaften steht am Anfang. Von all dem kann im RgW keine Rede sein. Er ist keine politische Institution im Sinne der EWG. Ökonomisch ist sie ungleichgewichtig. Die Sowjetunion (SU) ist die beherrschende wirtschaftliche Macht. Integration bedeutete eine Unterordnung unter die Interessen des stärksten Partners. Nicht nur die Politik Rumäniens beweist, daß die übrigen Mitglieder des RgW aus mancherlei Gründen, unter denen die wirtschaftlichen nicht immer den ersten Platz einnehmen, dazu nicht geschlossen bereit sind.

Nicht nur die Asymmetrie der Systeme sollte davor warnen, in Vereinbarungen zwischen den Organisationen in Ost und West das Heil für eine Überwindung der Spaltung unseres Kontinents zu suchen. Eine solche Politik, die manchen Orts befürwortet wird, könnte in ihr Gegenteil umschlagen. Wir wollen ein Europa, in dem die Staaten gleichberechtigt zusammenarbeiten. Abkommen zwischen den Organisationen würden auf der östlichen Seite eine doppelte Wirkung auslösen müssen. Um verhandlungsfähig zu sein, ist eine Verfestigung des Warschauer Paktes und des RgW erforderlich. Rumänien steht am Rande des östlichen Militärsystems und hat sich für eine Auflösung der Blöcke erklärt. Der RgW müßte sich neue zentrale Einrichtungen schaffen; er besitzt, um nur ein Beispiel zu nennen, auf dem Gebiete der Außenwirtschaft keine Kompetenzen. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß bei allen Vereinbarungen zwischen den Organisationen die SU als der eigentliche Partner auftritt. Neben der Verfestigung der Systeme wurde zusätzlich noch die Hegemonialposition der SU verstärkt. In unserem Handeln nach Osten muß der erkennbare Wille der Völker, die davon betroffen sind, berücksichtigt werden.

Der Osten ist nicht so monolithisch wie er aussieht. Der Marxismus sowjetischer Prägung herrscht nicht unumschränkt und unbestritten. Trotz eines manchmal täuschenden Konformismus sind vielfach nicht nur Ansätze eines eigenen Weges erkennbar. Der stärkste Impuls geht von dem nationalen Willen zur Eigenständigkeit und Unabhängigkeit aus, dem sich die kommunistischen Führungen nicht entziehen können und auch nicht immer wollen. Vergessen wir bei unseren politischen Überlegungen auf ein neues Europa hin nicht, daß die im Bereich zwischen dem freien Westen und der SU wohnenden Völker europäisch nach Tradition, Ausprägung und Willen sind. Sie sind stark im Beharren. Eine europäische Ordnung, die ihnen ein größeres Maß an Selbstbestimmung gibt, bleibt ihre Hoffnung. Die SU ist mit Bestrebungen in diesen Völkern konfrontiert, denen sie weder wirtschaftlich, politisch noch intellektuell Genüge tun kann. Der unzureichende Lebensstandard in den sozialistischen Ländern kann nur in Zusammenarbeit mit den Industrienationen des Westens befriedigend erhöht werden. Die Ausweitung und Intensivierung der wirtschaft-

lichen Beziehungen fordert Reformen heraus, einen neuen Typ des Managements, der mit den Schlagworten des Technokraten und Pragmatikers hier nur angedeutet werden soll. Im Endergebnis müßte sich die Wirtschaft, das Wirtschaften aus der Verankerung in der Ideologie lösen.

Die SU ist bemüht, ihr Vorfeld zu konsolidieren. Dabei stößt sie auf Schwierigkeiten. Die sowjetische Variante des Marxismus ist verblaßt. Sie ist "ancien régime" geworden. Gegen die wirtschaftliche Stagnation fehlen der Supermacht die Hilfsmittel. Darüber dürfen die Erfolge in der Raumfahrt und militärischen Technik nicht hinwegtäuschen. Der Einsatz militärischer Macht ist nicht beliebig wiederholbar. Er kann durch eine subtile Politik kleinster Schritte erschwert, wenn nicht verhindert werden. Was im Jahre 1968 für die CSSR Anathema war, die Aufnahme westlicher Kredite und intensivere wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen, ist heute anerkannte und allgemein betriebene Politik. Nach dem Gesetz, unter dem die Bundesregierung angetreten ist, können wir nur eine Politik betreiben, die auf den Willen der Völker, selbst wenn er schwer erkennbar ist, Rücksicht nimmt. Keinesfalls dürfen wir dazu beitragen, den Schatten der östlichen Supermacht nach Westen zu verlängern. Das bedeutet aber, daß wir die deutsche geschichtliche Tradition, nach der Ostpolitik ausschließlich Politik gegenüber Rußland/Sowjetunion war, variieren und uns stärker auf den Zwischenbereich beziehen müssen.

Der mit Moskau abgeschlossene Vertrag trägt dieser Forderung nicht Rechnung. Die SU trat in den Verhandlungen als Garant des Ostblocks auf. Die Bundesrepublik hat diesen Anspruch, wie der Text des Abkommens ausweist, anerkannt. Mögliche Regelungen der Beziehungen zu den uns am nächsten liegenden osteuropäischen Staaten sind in ihm vorgezeichnet. Das mag mit Widerstreben geschehen sein. So ist es jedenfalls zu hören. Sollte das zutreffen, so tritt die Anerkennung der sowjetischen Garantfunktion nur umso krasser hervor. Wenn überhaupt noch erforderlich, belegt das "Einvernehmen" zwischen der SU und der Bundesrepublik darüber, daß die Verträge mit anderen sozialistischen Ländern ein "einheitliches Ganzes" bilden, den hierdargelegten Sachverhalt. Das Argument, die Bundesregierung habe dem Mißtrauen der SU begegnen müssen, bilaterale Verträge mit Mitgliedern des Ostblocks seien auf Spaltung, Herauslösung angelegt, zieht nicht. Allein der zeitliche Ablauf widerspricht dem. Die Verhandlungen mit Polen waren im vollen Gange, als sie von den Gesprächen in Moskau und dem sich anschließenden Vertragsabschluß überrundet wurden. In Warschau ging das Rapallo-Gespenst um. Niemand entzieht sich der Einsicht, daß das Verhältnis der Bundesrepublik zur Sowjetunion so entspannt, so normal sein sollte, wie nur irgend möglich. Aus dieser Absicht heraus kann es aber nicht Politik einer Bundesregierung sein, sich das Verhältnis zu Moskaus Blockpartnern vorschreiben zu lassen. Jeder Staat des östlichen Systems hat selbst zu entscheiden, wie weit er autonom in der Normalisierung der Beziehungen nach Westen generell, zur Bundesrepublik speziell, gehen will und gehen kann. Daß das möglich ist, beweist die Politik Rumäniens, so schmal der Grat ist, auf dem sie balanciert.

Jugoslawien hat in der gefährlichen Zeit Stalins, wenn auch in geographisch günstigerer Position, zum ersten Mal den Weg gewiesen.

Wenn die Absicht verwirklicht werden soll, ganz gleich in welcher ferner Zukunft, ein europäisches Staatensystem sich selbstbestimmender und zusammenarbeitender Nationen zu schaffen, ist als eine erste Voraussetzung das Prinzip streng bilateraler Verträge nach Osten anzuwenden. Die Normalisierung der Beziehungen ist primär ein zweiseitiges Problem, so weitreichend die Auswirkungen auf die europäische Situation sein können. Die dieser Normalisierung dienenden Verträge müssen dazu beitragen, die Tür zum Westen noch weiter zu öffnen, besonders auf dem Gebiet der wirtschaftlichen Zusammenarbeit, des kulturell-wissenschaftlichen Austauschs, der Vermehrung der Information. Das Prinzip der Zweiseitigkeit sollte auch gewahrt werden, wenn die EWG die volle außenwirtschaftliche Kompetenz übernommen hat. Allerdings kann es nur dann sinnvoll mit dem Ziele einer allgemeinen europäischen Zusammenarbeit angewandt werden, wenn sich der große Markt öffnet und die wirtschaftlichen Verhältnisse des jeweiligen Vertragspartners angemessen berücksichtigt werden.

Das Problem des Verhältnisses der einzelnen sozialistischen Staaten zur EWG wird sich trotz der Existenz der in letzter Zeit abgeschlossenen langfristigen Handelsverträge mit der Bundesrepublik und anderen Mitgliedern der Gemeinschaft immer dringlicher stellen. Außer der SU haben sich die meisten sozialistischen Länder mit ihrer Existenz abgefunden. Die Leistungen der EWG, im besonderen der hohe Lebensstandard der Bevölkerungen und ihre Freizügigkeit, üben eine starke Anziehungskraft, geradezu eine Faszination auf die östlichen Nationen aus. Die offiziell ausgegebenen Parolen, die EWG sei das gefährliche Instrument des Imperialismus, haben ihre Glaubhaftigkeit verloren, sofern sie sie überhaupt besessen haben.

Die SU war und ist allem Augenschein nach bis heute der konsequenteste Gegner der EWG. Ihrer Anziehungskraft hat sie wenig entgegensetzen. Zudem verändert sie zuungunsten der SU das Kräfteverhältnis in Europa. Je intensiver sich der Zusammenschluß der Staaten im Westen in und um die EWG entwickelt, desto mehr wirkt sie als Gegengewicht gegenüber der Konstellation im Osten. Im gleichen Zuge könnte sich das wirtschaftlich-politische Verhandlungspotential der Bundesrepublik bei ihrem Bemühen um die "Normalisierung" der Beziehungen zu den sozialistischen Staaten vergrößern, würde diese Karte ausgespielt. Aus östlicher Sicht bedeutet die Bundesrepublik "etwas", nicht nur auf Grund ihrer wirtschaftlichen und militärischen Leistung, sondern ebenso sehr wegen ihrer Mitgliedschaft in EWG und NATO, als deren stärkster Kontinentalpartner sie angesehen wird. Die SU hat versucht, die EWG zu unterlaufen. Sie benutzte dazu auch den Gedanken einer europäischen Sicherheitskonferenz, der nicht von ihr ausgegangen ist, sondern, soweit hinter dem Schleier östlicher Geheimhaltung erkennbar, von Polen und Ungarn. Sie wurde von Anfang an paneuropäisch aufgepäuselt. Nachdem die Partner des Moskauer Vertrages sich auf die Linie geeinigt haben, alles von ihnen abhängende für die "Vorbereitung und erfolgreiche Durchführung" zu tun,

stellt sich die "Konferenz über Fragen der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" der Bundesregierung als Problem der Ost- und Europapolitik zugleich. Der Gedanke einer europäischen Konferenz, der von dem polnischen Außenminister 1964 in der UNO lanciert wurde, hat, nachdem die SU ihn aufgriff, verschiedene, durchaus nicht einheitliche Stadien durchlaufen. Die sowjetische Zielsetzung, die NATO zu schwächen und die EWG durch gesamteuropäische Handelsabkommen wenigstens zu verwässern, zieht sich wie ein roter Faden durch die drei Vorschläge von Bukarest, Karlsbad und Budapest. Die erste sowjetische Fassung des Konferenzvorschlages erhielt nicht die Billigung aller Mitglieder des Warschauer Paktes. In die Bukarester Erklärung wurde ein Bekenntnis zu den Prinzipien der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität, der Gleichberechtigung sowie der Verzicht aller Staaten auf jeglichen Druck, sei er politischer oder ökonomischer Art, gegenüber anderen Ländern aufgenommen.

Es würde der Politik einiger sozialistischer Staaten nicht gerecht, wenn hinter der Einbringung dieser Formulierungen nur Rumänien gesucht würde. Dahinter steckt die Absicht, unter dem Schirm einer paneuropäischen Konferenz, die nach polnischer Vorstellung in Permanenz tagen sollte, ein größeres Maß an nationaler Bewegungsfreiheit zu gewinnen. Pompidou scheint diese Tendenzen ernst zu nehmen. Bei seinen Gesprächen in Moskau hat er darauf gedrungen, daß die europäische Konferenz einen Dialog aller interessierten Staaten ermöglichen solle, unter der Voraussetzung, daß ihre Souveränität garantiert sei und sie nur für sich selbst sprächen. Gerade das kann kaum im Sinne Moskaus sein, wenn es eine Aufweichung des eigenen Herrschaftsbereichs verhindern will.

Für eine deutsche Politik stellt sich die Frage, welche Ziele sie mit einer europäischen Konferenz verfolgen will: Verbesserung des Verhältnisses zu Moskau oder Eingehen auf die Linie, wie sie von Ceausescu, Tito vorgezeichnet, auch von Pompidou in Moskau angedeutet wurde, die auf die Autonomie aller Staaten, soweit es den Aspekt der europäischen Zusammenarbeit angeht, zufführt. Beides läßt sich schwerlich vereinigen.

Nach dem Vorspiel in Moskau ist zu befürchten, daß die SU auf eine "erfolgreiche Durchführung" dieser Konferenz im Sinne ihrer Auffassung auf die Bundesregierung einwirken wird. Nachdem die SU einmal als Garant des Ostblocks anerkannt worden ist, dürfte es schwierig werden, sich diesen Versuchen zu entziehen. Angesichts der Auffassungsverschiedenheiten über die letzte Zielsetzung der europäischen Konferenz, nicht nur im östlichen Lager, wäre es der Überlegung wert, ob die Prioritäten nicht umgepolt werden sollten. Könnte nicht die zuletzt im Budapest Appell angesprochene paneuropäische Zusammenarbeit, besonders in den großen, die Grenzen überschreitenden Projekte, an den Anfang gestellt und konkretisiert werden? Die Zustimmung zu einer solchen Umkehrung könnte sich als ein Test, vor allem für die Absichten der SU erweisen. Den kooperationsbereiten Staaten eröffnete dieses Verfahren die Möglichkeit, sich auf Europa zu orientieren. Erst wenn sich erwiese, daß es aussichtsreich ist, die Konfrontation der Systeme allmählich in eine Kooperation

stellt sich die "Konferenz über Fragen der Festigung der Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa" der Bundesregierung als Problem der Ost- und Europapolitik zugleich. Der Gedanke einer europäischen Konferenz, der von dem polnischen Außenminister 1964 in der UNO lanciert wurde, hat, nachdem die SU ihn aufgriff, verschiedene, durchaus nicht einheitliche Stadien durchlaufen. Die sowjetische Zielsetzung, die NATO zu schwächen und die EWG durch gesamteuropäische Handelsabkommen wenigstens zu verwässern, zieht sich wie ein roter Faden durch die drei Vorschläge von Bukarest, Karlsbad und Budapest. Die erste sowjetische Fassung des Konferenzvorschlages erhielt nicht die Billigung aller Mitglieder des Warschauer Paktes. In die Bukarester Erklärung wurde ein Bekenntnis zu den Prinzipien der Unabhängigkeit und nationalen Souveränität, der Gleichberechtigung sowie der Verzicht aller Staaten auf jeglichen Druck, sei er politischer oder ökonomischer Art, gegenüber anderen Ländern aufgenommen.

Es würde der Politik einiger sozialistischer Staaten nicht gerecht, wenn hinter der Einbringung dieser Formulierungen nur Rumänien gesucht würde. Dahinter steckt die Absicht, unter dem Schirm einer paneuropäischen Konferenz, die nach polnischer Vorstellung in Permanenz tagen sollte, ein größeres Maß an nationaler Bewegungsfreiheit zu gewinnen. Pompidou scheint diese Tendenzen ernst zu nehmen. Bei seinen Gesprächen in Moskau hat er darauf gedrungen, daß die europäische Konferenz einen Dialog aller interessierten Staaten ermöglichen solle, unter der Voraussetzung, daß ihre Souveränität garantiert sei und sie nur für sich selbst sprächen. Gerade das kann kaum im Sinne Moskaus sein, wenn es eine Aufweichung des eigenen Herrschaftsbereichs verhindern will.

Für eine deutsche Politik stellt sich die Frage, welche Ziele sie mit einer europäischen Konferenz verfolgen will: Verbesserung des Verhältnisses zu Moskau oder Eingehen auf die Linie, wie sie von Ceausescu, Tito vorgezeichnet, auch von Pompidou in Moskau angedeutet wurde, die auf die Autonomie aller Staaten, soweit es den Aspekt der europäischen Zusammenarbeit angeht, zu führt. Beides läßt sich schwerlich vereinigen.

Nach dem Vorspiel in Moskau ist zu befürchten, daß die SU auf eine "erfolgreiche Durchführung" dieser Konferenz im Sinne ihrer Auffassung auf die Bundesregierung einwirken wird. Nachdem die SU einmal als Garant des Ostblocks anerkannt worden ist, dürfte es schwierig werden, sich diesen Versuchen zu entziehen. Angesichts der Auffassungsverschiedenheiten über die letzte Zielsetzung der europäischen Konferenz, nicht nur im östlichen Lager, wäre es der Überlegung wert, ob die Prioritäten nicht umgepolt werden sollten. Könnte nicht die zuletzt im Budapest Appell angesprochene paneuropäische Zusammenarbeit, besonders in den großen, die Grenzen überschreitenden Projekte, an den Anfang gestellt und konkretisiert werden? Die Zustimmung zu einer solchen Umkehrung könnte sich als ein Test, vor allem für die Absichten der SU erweisen. Den kooperationsbereiten Staaten eröffnete dieses Verfahren die Möglichkeit, sich auf Europa zu orientieren. Erst wenn sich erwiese, daß es aussichtsreich ist, die Konfrontation der Systeme allmählich in eine Kooperation

umzuwandeln, wäre es erfolgversprechend, die Fragen der Sicherheit anzugehen. Ehe die Symptome der Rüstungen behandelt werden, muß der Versuch gemacht werden, die Grundkrankheit, die Teilung des Kontinents, zu kurieren. Die Politik Polens, durch die Anerkennung der Oder/Neiße Linie als endgültige Westgrenze zur Normalisierung und einer umfassenden Entwicklung der Beziehungen mit der Bundesrepublik zu gelangen, war von Anfang an nicht nur bilateral gedacht, sondern national-autonom motiviert und auf Europa bezogen. Eine engere Zusammenarbeit mit wichtigen Industrienationen des Westens, eine zukünftige, unausweichbare Regelung des Verhältnisses zur EWG kann sich auf die Dauer ohne eine Verbesserung des Verhältnisses zur Bundesrepublik nur mit Einschränkung verwirklichen lassen.

Der Entwurf für einen deutsch-polnischen Vertrag, wie er jetzt vorliegt, ist mit politischen und rechtlichen Problemen belastet, so daß die Frage offen ist, ob sich die mit ihm verbundenen Absichten verwirklichen lassen. Sollte eine Normalisierung der Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen ausbleiben, die durch die Verhandlungen in eine greifbare Nähe gerückt schien, sind die Folgen weder in unserem Verhältnis zum Ostblock, noch in ihm selber vorauszusehen. Eine tiefgehende deutsch-polnische Kontroverse aus Anlaß des Vertrages kann auch nicht ohne Auswirkungen auf die innenpolitische Konstellation in Polen bleiben. In der kommunistischen Partei des Landes gibt es genügend Konservative, die versuchen werden, einen Fehlschlag der gegenwärtigen Politik zu einem Kurswechsel gegen die Bundesrepublik auszunutzen.

Die Ostpolitik der Bundesregierung ist in eine kritische Phase eingetreten. Sie müßte scheitern, wenn die jetzt ausgehandelten Verträge nicht in Kraft treten können. Ostpolitik kann aber nur Europa-Politik sein. Ein nationaler Kurs, vor allem gegenüber der SU, führt in die tödliche Gefahr des Neutralismus, eine Gefahr, der sich nicht nur die freien Deutschen aussetzen würden. Umso mehr gilt es, das Fundament zu stärken, von dem die Ostpolitik einmal ausging: die Geschlossenheit unseres Volkes in den großen nationalen Fragen, die Stabilität in Gesellschaft und Wirtschaft, den Zusammenhalt in der NATO, die Integrierung und Ausweitung der EWG. Ist die Bundesrepublik nicht zu isolieren, bleibt der Osten herausgefordert, den Ausgleich zu suchen.

KURZ NOTIERT:

Loccum: Mit einer Podiumsdiskussion wurde in der Evangelischen Akademie Loccum bei Hannover ein dreitägiges, sehr freimütig geführtes "Deutsch-polnisches Gespräch" beendet. Die polnische Delegation ließ keinen Zweifel daran, daß die unwiderrufliche Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als Westgrenze Polens die politische und psychologische Voraussetzung jeder Normalisierung der Beziehungen zwischen Polen und der Bundesrepublik sei. Die CDU wurde von Olaf von Wrangel, dem parlamentarischen Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, vertreten. Botschafter a.D. Dr. Heinrich Böx gehörte ebenfalls zu den Referenten dieser Tagung.

DAS "C" - EIN SYMBOL DER RÜCKSTÄNDIGKEIT ?

Eberhard Stammler

Wenn eine Institution lebendig, wirksam und glaubwürdig bleiben will, muß sie selbstkritisch und beweglich bleiben. Das gilt ebenso für die Kirchen wie für die Parteien. So hatte es seinen guten Grund, daß sich die reformatorischen Kirchen zu dem Grundsatz "ecclesia semper reformanda" bekannten - daß die Kirche der ständigen Erneuerung bedürfe. Daß diese Forderung auch heute wieder aktuell ist, wird wohl nur von wenigen bestritten werden. Dabei geht es nicht darum, daß sich die Kirche ein modisches Gebaren oder nur eine modernere Sprache zulegen sollte, sondern daß sie den heutigen Menschen in seinen tatsächlichen Problemen und Fragen aufsucht.

Wenn sie dem gerecht werden will, muß sie sich bewußt machen, daß sich seit einigen Jahren ein schwerwiegender Wandel im öffentlichen Bewußtsein abzuspielen scheint: Der Stellenwert der Kirchen nimmt offensichtlich Schritt für Schritt ab. Nicht allein das Ansteigen der Kirchenaustritte gibt darauf einen Hinweis, sondern mehr noch der Stil, in dem sie heute in den Massenmedien angegriffen wird. Noch vor einem knappen Jahrzehnt galt es in der Publizistik als selbstverständlich, daß die Kirche unter einem gewissen Tabu stünde, daß man sie also nicht öffentlich anprangern und angreifen dürfe. Sie genoß eine erstaunliche Achtung, und auch ihr Wort fand im allgemeinen respektvolles Gehör. Für die veränderte Situation aber ist es bezeichnend, daß heute Massenillustrierte, wie etwa "Stern" und "Quick", unbedenklich massive und meist unbelegte und törichte Attacken gegen die Kirche starten können und daß das Publikum offensichtlich solche Kampagnen widerstandslos hinnimmt. Ein weiterer Hinweis ist auch im Wählerverhalten zu finden. Nach allem, was die entsprechenden Erhebungen ergeben, spielt die Konfessionszugehörigkeit bei der Wahl der Parteien längst nicht mehr die Rolle, die etwa in den fünfziger Jahren beobachtet werden konnte. So fiel es besonders auf, daß sogar in geschlossenen katholischen Gebieten eine deutliche Abwanderung zur SPD stattfand. Auch beim Kampf um die Konfessionsschulen hatte es sich gezeigt, daß nur noch ein geringer Teil der Elternschaft den traditionellen kirchlichen Vorstellungen treu blieb.

Man mag diese Entwicklung beklagen und dafür eventuell auch Schuldige suchen. In Wirklichkeit aber dürfte es sich dabei um einen geschichtlich bedingten Vorgang handeln. Man muß wohl davon ausgehen, daß schon seit Generationen ein immer heftigerer Säkularisierungsprozeß die abendländische Welt erfaßt hat, daß sich also das Denken der Menschen immer mehr auf die weltliche Ebene zurückzieht und jenseitige Aspekte aus dem Auge verliert. Nun war dieser Verweltlichungsprozeß durch das besondere Klima der Nachkriegszeit in überraschender Weise angehalten worden. Es ent-

wickelte sich nochmal eine auffallende konfessionelle Konjunktur, die den Eindruck erwecken konnte, als ob nun wieder eine religiöse Welle aufgebrochen sei, und damit hängt es wohl auch zusammen, daß die Kirchen in dieser Ära eine starke Restauration erlebten. Jetzt aber zeigt es sich, daß diese Ära nur eine vorübergehende Phase war und daß demgegenüber die Welle der Säkularisierung, die zwar für einen gewissen Zeitraum zurückgestaut war, sich mit neuer Wucht breit macht. Die Kirchen werden deshalb damit rechnen müssen, daß sie nun einem verstärkten Gegenwind ausgesetzt sind und daß ihre bisherigen Bastionen erheblich erschüttert werden.

Wenn sie nun dieser neuen Situation gerecht werden wollen, müssen sie sich wohl einer gründlichen Wandlung unterwerfen. Sie haben vielleicht sogar damit zu rechnen, daß die traditionsreiche Konzeption der Volkskirche immer mehr ins Wanken gerät, und darum können sie sich nicht in erster Linie darauf konzentrieren, mühsam die bisherigen Positionen zu verteidigen, sondern sie haben vielmehr neue Wege zu suchen, um Menschen zu gewinnen und zu binden. Das bedeutet aber auch, daß sie in ihren Ordnungen noch beweglicher und in ihrem Personalstand dynamischer werden müssen. Sie brauchen nicht nur eine Verjüngung, sondern auch eine Verlebendigung ihrer Amtsträger und ihrer Arbeitsweise. Nun sind gewiß da und dort Ansätze für eine solche Umbesinnung zu beobachten, aber im ganzen legt sich doch der Eindruck nahe, daß man gerade in der Kirche meint, mit besonderer Zähigkeit das Alte behaupten und die Vergangenheit verteidigen zu müssen. Sie war häufig in der Gefahr, den Entwicklungen nachzuhinken, und auch heute wieder gibt es genug Anzeichen, die zu dieser Sorge berechtigen.

Was hier über die Kirchen gesagt ist, gilt allerdings in mancher Hinsicht auch für die Parteien, und hier ist in besonderer Weise die CDU ins Auge zu fassen. Auch sie hatte sich ja durch ihre lange Regierungszeit daran gewöhnt, daß sie eine feste, fast unanfechtbare Position in unserer Gesellschaft einnehme, und sie hatte sich lange Zeit mit der Parole "Keine Experimente!" empfehlen und behaupten können. Doch auch für sie hat sich die Situation in entscheidender Weise verändert. Die Ablösung von der Macht im vergangenen Herbst wurde dafür ein bezeichnendes Signal. Damals hatte sich auch unter führenden Köpfen der Partei die Einsicht durchgesetzt, daß jetzt die Stunde gekommen sei, in der die CDU einen gründlichen Prozeß der Erneuerung durchzumachen habe. Man kann sich dabei an die Aktion des Bundestagsabgeordneten Dr. Wörner erinnern, der sich nach der Wahl zu einer solchen Aufgabe bekannt und dadurch unter vielen erhebliche Hoffnungen erweckt hatte. Aber eigenartigerweise wurde dieser Reformwille in der Partei rasch wieder erstickt. Anstatt nun endlich den Parteiapparat energisch zu mobilisieren, hat man kaum eine ernsthafte Veränderung gewagt; anstatt in gründlicher Diskussion ein neues Programm mit starkem Profil zu erarbeiten, begnügte man sich, das Berliner Programm "fortzuschreiben"; anstatt eine vernünftige Wachablösung in den Führungspositionen zügig einzuleiten, entstand der Eindruck, daß hier vielfach nur persönliche Rivalitäten und Ambitionen ausgetragen würden; und anstatt die Regierungsparteien durch eine noch dynamischere Konzeption zu

überflügeln, beschränke man sich weithin darauf, sich von ihnen das Gesetz des Handelns vorschreiben zu lassen.

Nun könnte man zwar geltend machen, daß ja die letzten Wahlergebnisse für die CDU durchaus günstig ausgefallen seien und daß insofern alles zum Besten stünde. Aber wahrscheinlich handelt es sich dabei um ein ziemlich kurzsichtiges Urteil, wenn man bedenkt, wie sich die CDU-Wählerschaft zusammensetzt. Nach allem, was sich bisher aus Erhebungen ablesen läßt, muß man annehmen, daß es hauptsächlich die ältere und alte Generation ist, die der CDU die Treue bewahrt hat, während die mittleren und jüngeren Wählerschichten (und vor allem die Männer) von ihr wegzustreben scheinen. Diese Beobachtung müßte eigentlich für die CDU alarmierend sein, denn sie könnte darauf hin deuten, daß sie zum langsamen Aussterben verurteilt ist, wenn sie ihren bisherigen Kurs beibehält. Falls ihre Strategie nicht nur darauf gerichtet ist, die nächsten Wahlen, sondern das nächste Jahrzehnt zu gewinnen, dann dürfte es doch wohl höchste Zeit sein, die Weichen neu zu stellen und sich um ein aktiveres Profil zu bemühen. Das dürfte auch für den Evangelischen Arbeitskreis der CDU gelten, zumal gerade er unter den Kreisen der jüngeren Intelligenz eine zeitlang neue Sympathien für die CDU zu gewinnen vermochte. Sicher haben nicht wenige aus dieser Generation auf den Evangelischen Arbeitskreis einige Hoffnungen gesetzt, und es droht die Gefahr, daß die Erwartungen nun wieder enttäuscht werden.

Diese Beispiele führen zu der Beobachtung, daß der heute fällige Prozeß der Erneuerung einer eigenartigen Lähmung unterliegt. Es ist bemerkenswert, daß dies gerade auch für Institutionen zutrifft, die einen besonderen Anspruch auf die Bezeichnung "christlich" erheben. Wollte man von diesen Beobachtungen auf die Bedeutung des "C" zurückschließen, dann könnte man zu der Meinung kommen, "christlich" sei identisch mit Unbeweglichkeit, Ängstlichkeit und Rückständigkeit. Nimmt man aber den in den Blick, auf den sich die Kirchen gründen und auf den sich auch die Partei in ihrem Namen bezieht, dann ergibt sich ein wesentlich anderes Bild. Auch wenn man Christus nicht zum politischen Revolutionär verfälschen will, ist doch wohl nicht zu bestreiten, daß dort, wo er wirkte, Umwälzungen und Veränderungen bis in die Tiefe geschahen und daß er darum auch eine ungeheure Dynamik in die Geschichte einzubringen vermochte. Was läge also näher, als das gerade die, die sich im Umbruch unserer Zeit auf ihn berufen, aus diesem Geist heraus den Mut zur Änderung entwickeln und nun damit den Müden und den Resignierenden ein ermutigendes Beispiel geben. Im Prinzip liegt es zwar nahe, in der Praxis ist davon wenig zu spüren.

STIMMENGWINNE

Bei den fünf Landtagswahlen, die seit Bildung der kleinen Bonner Koalition stattfanden, haben sich insgesamt gegenüber den vorigen Landtagswahlen der betreffenden Länder folgende Veränderungen ergeben: Die CDU/CSU verbuchte ein Plus von 2 397 241 Stimmen, die SPD ein Plus von 28 499 Stimmen, die FDP ein Minus von 187 356 Stimmen.

16. BUNDESTAGUNG IM RÜCKBLICK

Peter Egen

Ein weiter Bogen kritischen Denkens spannt sich von der Thematik der 15. Düsseldorfer Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU im März 1969 ("Freiheit und Autorität in unserem Staat") bis hin zu dem Leitwort "Unser Wille zur gerechteren Gesellschaft" der diesjährigen 16. Bundestagung, die vom 15. bis 17. Oktober 1970 in Hannover abgehalten wurde. Der Evangelische Arbeitskreis hatte nicht vor, mit dieser Themenstellung an den vorjährigen Stuttgarter Kirchentag, der unter dem Wort der Bergpredigt "Hungern nach Gerechtigkeit" durchgeführt wurde, anzuknüpfen - gleichwohl er dokumentieren wollte, daß die evangelischen Christen innerhalb der CDU/CSU aktuelle Aussagen zu einem der wichtigsten Probleme unserer Zeit trafen.

Schon in seinem Grußwort zur Einleitung dieser Tagung zeigte Gerhard Schröder den Teilnehmern - unter ihnen befanden sich viele Abgeordnete der CDU/CSU beider Konfessionen, worin sich ebenfalls ein Stück des Wandels in ökumenischer Richtung manifestierte - auf, worauf es in dieser Zeit mehr denn je ankomme: Durch das "gegenseitige Aufeinanderhören" einen Beitrag zur Erhaltung dieses Staates zu leisten.

Die Unionsprotestanten - mehr als 800 waren in Hannover zusammengekommen, um aufeinander zu hören und um miteinander zu diskutieren - waren sich wohl alle darüber einig, daß der Gesellschaft in unserem Staate - und damit auch dem Staate selbst - der biblische Ruf nach Gerechtigkeit zwar unüberhörbar überall entgegenschallt, daß aber die Realisierung dieser Gerechtigkeit nicht nur mit der Realität sondern oft auch mit der Utopie konfrontiert werde. So war es Aufgabe des Referates von Gerhard Stoltenberg, die Möglichkeiten, Chancen und Auswirkungen einer Politik zwischen Utopie und Realismus zu analysieren, nachdem vorher bereits Philipp von Bismarck die Gerechtigkeit als Aufgabe für den Christen in der Gesellschaft als eine der brennendsten Fragen unserer Zeit herausgestellt hatte. Im Anschluß an die beiden Referate ging es in der Diskussion um die Frage, wo das Pendel der Gerechtigkeit zwischen den Antipoden Utopie und Realität fixiert werden kann. Diese Diskussion - die durch starkes persönliches Engagement belebt und oft mit intellektueller Schärfe geführt wurde - konnte eine abschließende Antwort auf das Gerechtigkeitsideal nicht geben. Aber darum ging es auch nicht im wesentlichen - zumal man sich darüber einig war, daß vor diesem großen Auditorium nur Denkansätze vermittelt werden konnten, deren spezielle Erörterung und Vertiefung dann in den Arbeitskreisen des Nachmittags stattfinden mußte.

Der fast überfüllte Saal des Vormittags bei Eröffnung und den zwei Hauptreferaten von von Bismarck und Stoltenberg - das überfüllte Theologengespräch am Abend des Vortages - ließen Beobachter der 16. Bundestagung zu der Frage finden, woher der Arbeitskreis seine Anziehungs- und Ausstrahlungskraft bezieht, um - ein Stück abseits

der Partei - Menschen an sich zu binden, mit ihnen zu diskutieren, zu Arbeitsergebnissen zu gelangen und in Form kritischer Analysen zu publizieren. Sicherlich ist dieser Evangelische Arbeitskreis mehr als ein Ventil protestantischer Intellektueller in dieser Union, die jenseits der parteipolitischen Funktionärs-ebene eine echte Diskussionsplattform suchen. Hier in Hannover traf sich ein Kreis von Menschen, dem es um die Zukunft der Union ging. Kritischer Intellekt, gerichtet auf Zielvorstellungen, basierend auf dem Kenntnis von Theorie und Praxis versuchte einen Beitrag zu leisten in der Hoffnung, über den EAK in der politischen Auseinandersetzung mit den bislang gescheiterten inneren Reformen der derzeitigen sozial-liberalen Koalition neue und realisierbare Möglichkeiten einer künftigen Gesellschaftspolitik aufzuzeigen.

Diese Tendenz wurde in den fünf Arbeitskreisen besonders deutlich. Auf der einen Seite ging es darum, gezielte Aussagen zu den Grundsatzzproblemen unserer politischen Wirklichkeit zu treffen, andererseits aber versuchte man - in Anlehnung an die aktuellen tagesspolitischen Sachfragen - Stellungnahmen zu erarbeiten, die als Alternativvorstellungen zur gegenwärtigen Bonner Regierungspolitik zu werten sind. An gutem Willen hat es dem Evangelischen Arbeitskreis noch nie gemangelt; die Bereitschaft zur Mitarbeit scheint, seitdem CDU/CSU die Regierungssessel mit den Oppositionsbänken vertauscht hat, gestiegen zu sein, das Unbehagen an der jetzigen Koalition war in Hannover nicht zu überhören. Für den EAK eigentlich Grund genug, nach außen hin einmal zu dokumentieren, daß er innerhalb jener der CDU/CSU verbundenen Gremien auch für progressives Denken und Handeln Platz bietet. Wer Progressivität an der Zahl der auf solchen Tagungen anwesenden jungen Menschen mißt, der hätte in Hannover feststellen können, daß der Evangelische Arbeitskreis in der Tat auf dem Wege ist, ein für junge Menschen attraktives Forum offener Diskussion über die wichtigen Grundsatzzfragen unserer Zeit zu werden.

Zum erstenmal in unserem Lande diskutierten in einem parteipolitischen Arbeitskreis, der sich mit den Problemen der Gerechtigkeit in Strafvollzug und Resozialisierung beschäftigte, Podiums- und Tagungsteilnehmer mit Häftlingen einer Strafanstalt sowie mit einigen Resozialisierten und stellten fest, daß wir auch dem Täter nachhaltige Hilfe zu seiner Wiedereingliederung in die Gesellschaft schulden. Hier wurde der Finger auf offene Wunden gelegt, Probleme angeschnitten, von denen vielleicht manch einer meinte, daß sie für einen Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU tabu sein sollten - manch einer, der noch nicht erkannt hat, daß es gerade für uns Christen eine der vorrangigsten Aufgaben sein sollte, auch denen in Gerechtigkeit zu begegnen, die mit diesem Staat und seiner Gesellschaft in Konflikt geraten sind.

Diese kritische Akzentuierung in der geistigen Auseinandersetzung - so wie es in Hannover in den einzelnen Gesprächskreisen geschah - aber wird dem Arbeitskreis jenes Profil geben, das er besitzen muß, um in der Gesamtdiskussion als Gesprächspartner auch ernst genommen zu werden. Hierzu sollte die 16. Bundestagung des EAK in Hannover beitragen.

ZUM THEMA: BRAUCHEN WIR EIN BUNDESKULTUSMINISTERIUM?

(Siehe EV Nr. 7/8)

"Mit großer Freude habe ich den Artikel von R.Th. Scheffer über die Kulturhoheit der Länder gelesen. Wir erleben augenblicklich eine erstaunliche Eilfertigkeit sozialdemokratischer Politiker, dem Verfassungsauftrag der Neugliederung des Bundesgebietes nachzukommen. Die im Gesetz vorgeschriebene Berücksichtigung landmannschaftlicher Verbundenheit und geschichtlicher Entwicklung erwähnen sie allerdings nicht, sondern begnügen sich mit fiskalischen und wirtschaftlichen Begründungen. Da Herr Kühn sein eigenes Land NRW unverändert wissen will, erstaunt natürlich, daß gerade er die Neugliederung in seiner Regierungserklärung anschnidet. Deshalb zwingt sein 5-Ländervorschlag den Verdacht auf, daß er diese so zusammenfügen will, daß davon mindestens drei sozialdemokratisch geführt werden und die labile Regierung in Bonn abstützen. Um so mehr erstaunt die Schützenhilfe einiger CDU-Politiker. Manche bewiesen wenig Verständnis für die Kulturhoheit der Länder. Wer aber dieses Kernstück der Eigenstaatlichkeit der Länder gering achtet, wird auch entsprechend bei der Neugliederung handeln. Um so mehr sollte der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU seinen Parteifreunden den Artikel von Scheffer ans Herz legen."

Egon Kloss
Celle

"R.Th. Scheffer hat sich m.E. bei der Selbstbeantwortung seiner Frage nach der Notwendigkeit eines Bundeskultusministeriums einseitig vom Standpunkt des Föderalismus leiten lassen. Föderalismus an sich ist nicht schlecht, aber auch er hat Grenzen wie der Zentralismus. Es ist richtig: Die Errichtung eines Bundeskultusministeriums als Ersatz für die Länderministerien bedeutet nicht schon sofort eine bessere Schul- und Volksbildungspolitik. Wiederum ist es aber auch nicht so, daß sich die Bildungspolitik der Länder so bewährt hat, daß wir auf erhebliche Änderungen im Sinne von Verbesserungen verzichten können. Die sich aus der (im Vergleich zu den USA noch geringen) Mobilität der Bevölkerung ergebenden Probleme hat Scheffer - bewußt? - nur oberflächlich beleuchtet. Diese Mobilität hat in bezug auf die Schule doch zwei Seiten:

1. Durch unterschiedliche Stoffpläne, Schultypen und Leistungsanforderungen entsteht für den Schüler bei einem Schulwechsel sowohl innerhalb der Ländergrenzen als auch darüber hinausgehend das Risiko des Sitzenbleibens. Ein Schulwechsel bedeutet für den

Schüler schon eine Belastung an sich (neue Lehrbücher, Dialektsprache, andere Klassen-Soziologie usw.), da soll man ihm nicht noch zusätzliche Schwierigkeiten bereiten durch einen unterschiedlichen Stoffplan mit daraus folgenden anderen Leistungsanforderungen.

2. Die Eltern wissen um das Risiko des Sitzenbleibens ihrer Kinder bei einem berufsbedingten Wohnort- und Schulwechsel. So kann die trostlose Situation entstehen, daß der Vater auf sein berufliches Fortkommen durch Stellenwechsel verzichtet, damit die Tochter oder der Sohn nicht "klebenbleibt". Die freie Entfaltung der Persönlichkeit - immerhin auch im Grundgesetz verankert - gilt hier offensichtlich nicht, einer muß also immer "dran glauben", Eltern oder Kinder. Hier versagt also das föderalistische Prinzip, es muß ein zentraleres gefunden werden.

Die Eigenständigkeit und Vielfalt des deutschen Kultur- und Geisteslebens sehe ich überhaupt nicht gefährdet. Es gibt keine bayerische und friesische Mathematik, und Latein ist für den Hamburger nicht anders als für den Mainzer. Ich will damit sagen, in den Elementarfächern müssen gleiche Lehrbücher, Stoffpläne und Leistungsanforderungen gestellt werden. Was soll heute noch Eigenständigkeit? In meinem Geburtsland Schleswig-Holstein leben jetzt mehr Flüchtlinge und Bundesland-"Ausländer" als Eigenständige im Sinne von Einheimischen. Wo wird noch in Dialekten unterrichtet, wo haben Eigenständigkeiten noch einen Sinn? Man sollte auch die wahren Vorteile einer zentralistischen Bildungspolitik sehen: Auf den Schulen aller Stufen werden Lehrbücher, Stoffpläne usw. in den Elementarfächern vereinheitlicht; für deutsche Literatur, Geschichte, Religion usw. mag die Vielfalt (entsprechend der Zahl der Lehrkräfte) im Rahmen von Arbeitsgemeinschaften gelten. Schulwechsel bedeutete dann kein Problem mehr. Die Universitäten wären dadurch in die Lage versetzt, daß alle Studenten den gleichen Wissensgrundstock hätten und könnten mit Stoffplänen nahtlos an die Gymnasien anschließen, so daß dem Studenten Wiederholungen oder Nachbüffeleyen von Stofflücken erspart blieben.

Das von Scheffer angeführte Beispiel Kanada hinsichtlich guter Lösung des Schulproblems ist völlig deplaziert. Kanada ist ein zweisprachiges Land mit mehreren großen fremdsprachigen Minderheiten (siehe Fischers Weltalmanach mit genauen Zahlenangaben), für die jeweils einsprachige Schulen bestehen, von Ausnahmen abgesehen. Hier ist schon wegen der Verschiedensprachigkeit die föderalistische Struktur im Hinblick auf Eigenart und Vielfalt des kanadischen Kultur- und Geisteslebens zwingend notwendig (wie übrigens auch in der benachbarten Schweiz). Eine solche Situation haben wir noch nicht einmal annähernd im Raum Flensburg und in den Gastarbeitermetropolen. Es ist eigentlich egal, ob wir viele Landeskultusministerien oder nur ein Bundeskultusministerium haben. Nicht der Briefkopf, sondern der Inhalt ist entscheidend. Es kommt in Zukunft nicht mehr darauf an, daß im Klassenbuch der Oberprimaner die Berufe der Väter angegeben sind, sondern daß die Schüler auf die Anforderungen vorbereitet werden, die Gesellschaft und Beruf in einigen Jahren an sie stellen werden. Bisher wurden jedenfalls zu viele Schüler am Markt vorbeiproduziert; Anlaß genug für durchgreifende Änderungen in der Schul- und Volksbildungspolitik."

Uwe Kensing
Darmstadt

Zu diesen Leserbriefen nahm Herr Dr. Scheffer Stellung. Wir bringen aus seinem Antwortschreiben folgenden Auszug:

"Kensing stellt die Frage nach dem Sinn der (gliedstaatlichen) Eigenständigkeiten. Die geographischen, landsmannschaftlichen, geschichtlichen und volkstumsmäßigen Besonderheiten fordern eine Berücksichtigung im Schul- und Erziehungswesen. Wo anders als im Schulunterricht sollen den Kindern - vom Elternhaus einmal abgesehen - die Bildungswerte ihrer engeren Heimat vermittelt werden? Hauff, Möricke, Kerner und Ludwig Uhland werden im Literaturunterricht an den baden-württembergischen Schulen einen größeren Raum beanspruchen als etwa in Niedersachsen und Schleswig-Holstein. Kensing will das auf Arbeitsgemeinschaften beschränken, deren Wirkungsgrad bei Kindern der Unter- und Mittelstufe auf freiwilliger Grundlage höchst problematisch ist. Die Aufgeschlossenheit des jungen Menschen für die Werte seiner engeren Heimat ist die Wurzel eines gesunden Heimatbewußtseins, auf dessen Grundlage erst ein Nationalgefühl sich entwickeln kann, das auch wir Deutschen als psychologische und politische Voraussetzung für ein "Europa der Vaterländer" brauchen.

Kanada ist ein Föderativstaat wie die BRD. Die Zweisprachigkeit - 31 % der Gesamtbevölkerung sprechen französisch - wirkt sich in der Hauptsache beiderseits des St. Lorenzstromes aus (Ontario und Quebec) und hat für die übrigen Gliedstaaten geringere Bedeutung. Kanada als Föderation, in der eine institutionalisierte Zusammenarbeit der Gliedstaaten auf bildungs- und kulturpolitischem Gebiet bisher gefehlt hat, ist ein Beispiel dafür, wie die für einen Bundesstaat notwendige und wünschenswerte Harmonisierung des Kultur- und Bildungswesens auf dem Wege der Selbstkoordinierung nach dem Vorbild der BRD erreicht werden kann."

REFORM DES SCHEIDUNGSRECHTS

"Warum soll es ausgerechnet beim Scheitern des bedeutsamsten Vertrags, den die Rechtsordnung kennt, nicht auf das Verschulden ankommen, wo es doch beim Scheitern des simpelsten Handels auf das Verschulden des Leistungspflichtigen ankommt (§§ 276, 280, 285 BGB)? Wenn das Ehescheidungsrecht gerecht bleiben will, kann es die Schuldfrage nicht ausklammern. Es muß spätestens bei der Regelung der Folgen der Ehescheidung sicherstellen, daß der an dem Scheitern der Ehe unschuldige Teil - und den kann es geben - vor dem schuldigen Teil - und den gibt es auch - geschützt wird. Die Mängel unseres Scheidungswesens liegen in der Handhabung des Verfahrens (Konventionalscheidung!), nicht im materiellen Recht. Eine Abschaffung des Schuldprinzips wird aber nicht einmal bewirken können, daß diese im Verfahren liegenden Mängel beseitigt werden, denn beim Zerrüttungsprinzip sind Vortäuschungen genau so oder noch leichter möglich wie beim Schuldprinzip."

Dr. Eberhard Bopp
Stuttgart

"Eine politische Partei unserer Zeit muß alle Kräfte, die für sie bereit sind zu arbeiten, akzeptieren, wenn sie innerhalb einer Demokratie Gültigkeit haben soll. Die CDU/CSU kann deshalb auf die evangelische Wählerschaft nicht verzichten. Auch nicht auf die diese Wählerschaft zusammenfassende Vereinigung des Evangelischen Arbeitskreises. Wir alle wissen, daß der Evangelische Arbeitskreis seine feste Funktion hat. Wird aber diese Funktion auch wirklich wahrgenommen? Mir ist es des öfteren so vorgekommen, daß der Evangelische Arbeitskreis sich mitunter nur in Selbstgefallen und -bestätigung wiegt und damit seiner Arbeit zu genügen glaubt. Das drückt sich darin aus, daß zwar zahlreiche Stimmen die Notwendigkeit des EAK befürworten, aber eine verstärkte Arbeit und Aktivierung, die sich konsequenterweise ergeben müßten, nicht zu sehen ist. Ich meine, der Evangelische Arbeitskreis müßte sich seiner evangelischen Verantwortung viel stärker als bisher bewußt werden und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ziehen.

Was aber bedeutet evangelische Verantwortung? Dabei möchte ich zwei Punkte aufgreifen, die vielleicht zu diskutieren wären. Evangelisch bedeutet Bekenntnis zu einer durch die Reformation erwachsenen Konfession. Das ist aber und war niemals eine Trennung vom christlichen Glauben. Ebenso keine Trennung von der christlichen Verantwortung, die uns als Christen auferlegt wurde. Wir sind als Protestanten ebenso politisch engagiert wie unsere katholischen Mitglieder der CDU/CSU. Wir haben ein gemeinsames politisches Ziel. Nur der Weg, dieses Ziel zu erreichen, verläuft etwas anders. Es ist deshalb die Aufgabe, nicht-evangelischen Mitgliedern unserer Partei zu zeigen, daß die Möglichkeit, ein gemeinsames politisches Ziel erreichen zu wollen, auf verschiedenem Weg von größtem Nutzen ist und kein Hemmnis darstellt.

Wie aber kann diese evangelische Verantwortung des EAK nach innen und nach außen hin bewußt gemacht werden? Wir alle müssen uns Gedanken darüber machen, welchen Sinn der EAK haben soll. Ich bin der Meinung, daß der EAK viel stärker als bisher eine Kooordinierung des evangelischen Glaubens mit der praktischen Tätigkeit herbeiführen sollte. Das könnte darin zum Ausdruck gebracht werden, daß man endlich einmal an die evangelischen Landeskirchen herantritt, daß man an evangelische Vereinigungen ein Angebot macht, die Arbeit des EAK kennenzulernen, daß man die evangelischen Fakultäten an den Universitäten auf den EAK aufmerksam macht, indem man all diese Institutionen zu Tagungen regional und überregional einlädt. Das wäre zum Beispiel eine Intensivierung der Öffentlichkeitsarbeit nach außen hin. Eine andere nicht zu unterlassende Möglichkeit liegt vielleicht darin, innerhalb der verschiedenen Arbeitskreise der Partei und der Jungen Union den EAK als eine aktive Vereinigung vorzustellen, die sich nicht allein an dem "Evangelisch" selbstbefriedigt, sondern ganz deutlich das "Evangelisch" und das "Arbeit-" ihres Namens herausstellt. Erst wenn z.B. die außen-, kommunal-

und wehrpolitischen Arbeitskreise von Anregungen und Beiträgen des EAK überflutet werden, wird man dem EAK mehr Beachtung schenken und ihn als gleichberechtigten Arbeitskreis integrieren. Bisher hatte ich den Eindruck, daß der Arbeitskreis von der evangelischen Wähler- und Parteimitgliedschaft als nebensächlicher und schadloser Kaffeekranz geduldet, aber nicht ganz ernst genommen wird.

Evangelische Verantwortung kann der EAK nur dann tragen, wenn seine Mitglieder einzeln sich ihres Glaubens und ihrer christlichen Verantwortung bewußt werden. Das bedeutet ein verstärktes Engagement innerhalb anderer Gremien der CDU/CSU. Dann wird eine berechtigte Aufwertung des EAK nicht auf sich warten lassen. Es wäre zu wünschen, daß eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit nach innen und außen hin zu verzeichnen wäre. Als Christen evangelischer Konfession haben wir innerhalb unserer Partei eine zwingende Aufgabe, die durch Evangelium und christliche Gebote uns aufgetragene christliche Verantwortung zu verwirklichen."

Eckard Staks, cand.theol.
Essen

ZUM THEMA: ZUR WISSENSCHAFT VOM FRIEDEN (Siehe EV Nr. 10)

"Frieden, eigentlich doch ein Komplex mit dem auseinanderzusetzen für einen Christen eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Doch hört man gerade aus den Reihen der CDU selten Stimmen zu diesem Thema. So freut es mich um so mehr, einen Artikel zu diesem Thema in der "Evangelischen Verantwortung" abgedruckt zu sehen.

Doch wo sich Extreme treffen - auf der einen Seite die schroffe Ablehnung, auf der anderen Seite das wohlwollende Schreiben - sind meist einige Anmerkungen nötig. In der Bundesrepublik ist in letzter Zeit die Zukunfts-, Friedens- und Konfliktforschung zweifellos sehr populär geworden, nicht ganz ohne Zutun unseres Bundespräsidenten. Jeder glaubt, zu diesem Thema etwas beitragen zu müssen, dort wird ein Institut gegründet, hier eine Interessengemeinschaft. So begrüßen auch Sie die Einrichtung des hessischen Friedensforschungsinstitutes, berücksichtigen dabei aber nicht, daß wir gegenwärtig von einer Flut solcher Institutionen überschwemmt werden, die dann folgenden Effekt zeitigen: Eine Friedensforschung, die wirklich Effektives leisten will, also nicht nur utopische Spinnereien produzieren will, muß zunächst einmal wie jede andere Wissenschaft einen scharf umrissenen Forschungsauftrag erhalten. Wie Sie sehr richtig erkennen, ist für die Friedensforschung der Bereich ihrer Initiativen sehr weit gesteckt. Das bedingt aber erst recht, daß hier für die einzelnen Institute Abgrenzungen gesteckt werden, daß Absprachen und Koordination erfolgen. Bei aller Begeisterung über das, was wir schon haben; was wir im Augenblick brauchen, ist doch nicht eine noch größere Fülle von Einzelinstituten, sondern eine Zentral-

stelle, die Koordinationsaufgaben erfüllt, die Kontakt zwischen den einzelnen Instituten und zu den internationalen, schon bestehenden Instituten hält, die so versucht, Doppelforschungen zu vermeiden, die die Fülle der wissenschaftlichen Erkenntnisse in praxisrelevante Forderungen umsetzt, um so dem einzelnen Politiker wirklich einen Maßstab für sein Handeln setzen zu können.

Erlauben Sie mir deshalb die Anregung an alle christlich-demokratischen Unionspolitiker, die Einrichtung eines solchen Zentralinstitutes zu unterstützen, damit wir wegkommen vom Forschungswirrwarr zu einer wirklichen interdisziplinären Forschung mit Aussicht auf verwertbare Ergebnisse."

Rüdiger May
Bonn

AUSZÜGE AUS INTERVIEWS MIT DR. GERHARD SCHRÖDER UND

DR. RUDOLF AFFEMANN

Im Rahmen der letzten Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU referierte Dr. Dr. Affemann im Rahmen der Arbeitsgruppe "Mehr Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft für den jungen Menschen" über das Rausch- und Suchtproblem. Von einer größeren Zahl der Anwesenden wurde das Referat schriftlich erbeten. Herr Dr. Affemann vergaß zu erwähnen, daß die Grundgedanken seiner Ausführungen zusammen mit einem Interview mit dem Vorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises, +) Herrn Dr. Gerhard Schröder, in Buchform erschienen sind. +)
Wir bringen aus beiden Interviews des Buches einige Auszüge:

"Klempnauer: Herr Dr. Schröder! Seit Bestehen der Bundesrepublik Deutschland sind Sie Mitglied des Deutschen Bundestages und haben inzwischen mehrere Ministerposten bekleidet. In Fachkreisen sagt man, Sie seien der geborene Politiker. Kann nach Ihrer Erfahrung ein überzeugter Christ gleichzeitig ein guter Politiker sein?"

Schröder: Christliche Überzeugung und politische Begabung schließen sich nicht gegenseitig aus. Es gibt eine ganze Reihe von Beispielen aus der Geschichte, durch die das nachdrücklich belegt werden kann. Ich erinnere hier nur an König Gustav Adolf von Schweden, ich erinnere an Bismarck, ich erinnere an Adenauer. Vielleicht ist aber der gedankliche Hintergrund dieser Frage in einer gewissen Verbindung zu sehen mit dem, was Max Weber in seiner Schrift "Politik als Beruf" so ausgedrückt hat: "Der Genius oder Dämon der Politik lebt mit dem Gott der Liebe, auch mit dem Christengott in seiner kirchlichen Ausprägung, in einer inneren Spannung, die jederzeit in unaustragbarem Konflikt aus-

+) Klempnauer, G.: "Überlebenschancen" - Prominenteninterviews, R. Brockhaus Verlag

brechen kann".

Das, was hier über die "innere Spannung" gesagt wird, halte ich für durchaus zutreffend. Man muß sich nur darüber klar sein, daß die Konfliktsituation, von der Max Weber spricht, kein Ereignis ist, das jeden Tag eintritt, sondern das sich auf ganz bestimmte Entscheidungen bezieht oder beziehen kann. Ein großer Teil der Tagesarbeit kann sicherlich ohne unaustragbare Konflikte geleistet werden. Sicher aber ist die Schärfung des Gewissens und die Steigerung des Verantwortungsgefühls ein wichtiger Antrieb für den Politiker. Ich möchte daher Ihre Frage ohne Einschränkung bejahen."

"Klempnauer: Herr Dr. Affemann, es drängt sich jetzt die Frage auf, ob es außer den Rauschgiften noch andere Mittel gibt oder geben wird, welche die Erlebnisfähigkeit steigern und den Menschen noch intensiver künstlich befriedigen?"

Affemann: Wenn wir auf politischem und pädagogischem Wege die Rauschmittelwelle nicht unter Kontrolle bekommen, wird sich meines Erachtens folgende Entwicklung anbahnen: Die Rauschwelle wird nur der Anfang einer totalen chemischen Steuerung des Menschen sein. Der Bürger der Konsumgesellschaft wird seelisch so leerbrennen, daß er seelische Erlebnisse durch pharmakologische Reizung seines Gehirns erzeugen muß; denn er bezieht das seelische Leben nicht mehr aus sich selbst. Heute nehmen wir ganz primitiv Haschisch, Marihuana, Heroin oder andere Opiate. Und später werden wir gezielt durch Einnahme von Medikamenten sexuelle oder religiöse Erlebnisse, aktive oder passive Zustände erreichen. Wir befinden uns auf dem Wege einer totalen medikamentösen Steuerung.

Hat diese chemische Manipulation nicht katastrophale Auswirkungen?"

Der chemisch gesteuerte Mensch wird nicht mehr der Mensch des christlichen Abendlandes sein. Ich möchte sogar bestreiten, daß dieser Mensch noch in der Lage sein wird zu lieben und zu glauben im Sinne von Vertrauen und Gehorchen."

HINWEIS

Die 16. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU hat auch in diesem Jahr wieder eine gute Resonanz in der Öffentlichkeit gefunden. In der Geschäftsstelle des EAK befinden sich noch mehrere Exemplare einer Presseschau, in der die wichtigsten Presseartikel, Rundfunkkommentare und -interviews aufgenommen sind.

Diese Zusammenstellung senden wir Ihnen gerne auf Wunsch - so lange der Vorrat reicht - kostenlos zu.

AUS UNSERER ARBEIT

Hamburg: Am 14. September beschäftigte sich der Evangelische Arbeitskreis Hamburg unter Leitung seines Vorsitzenden Dr. Wilhelm Imhoff mit der innerparteilichen Programmdiskussion. Der Bundesgeschäftsführer des EAK, Diplom-Kaufmann Peter Egen, erläuterte in seinem einleitenden Referat die von der Studiengruppe des EAK erarbeiteten "Grundzüge einer christlich-demokratischen Politik" und stellte sie dem vorliegenden CDU-Programm-entwurf kritisch gegenüber. Die Teilnehmer waren übereinstimmend der Auffassung, daß die geistige Grundlage unserer Partei einer Verbreiterung bedürfe, um so ein Gegengewicht zur Ideologisierung der SPD zu schaffen.

Hausen/Offenbach: Während des hessischen Landtagswahlkampfes führte der Evangelische Arbeitskreis Hessen am 20. Oktober in Hausen bei Offenbach/Südhessen eine öffentliche Veranstaltung mit dem Bundesvorsitzenden des EAK, Dr. Gerhard Schröder, MdB, durch, der vor über 600 Teilnehmern zum Thema "Deutschland, wohin?" sprach. In seiner Ansprache unterzog er die Innen- und Außenpolitik der derzeitigen Bundesregierung einer kritischen Betrachtung. Dem Referat schloß sich eine lebhaft ausgeprägte Aussprache an, die von der Landesvorsitzenden des EAK-Hessen, Frau Dr. Hanna Walz, MdB, geleitet wurde. Der öffentlichen Veranstaltung vorausgegangen war eine Sitzung des hessischen EAK-Landesarbeitskreises sowie eine Pressekonferenz, an der der Bundesvorsitzende des EAK ebenfalls teilnahm.

Saarbrücken: Am 4. November trat die Landesdelegiertenkonferenz des Evangelischen Arbeitskreises Saar in Saarbrücken zusammen. Der bisherige Landesvorsitzende Emil Weber, MdL, trat nach mehr als zehnjähriger aktiver Tätigkeit, für die ihm die Versammlung besonderen Dank aussprach, zurück, um, wie er es selbst formulierte, "jüngere Kräfte nachrücken zu lassen". Zum Nachfolger wurde Kurt Thürk, Jurist, bisher schon Mitglied im Bundesarbeitskreis, gewählt. Seine beiden Stellvertreter sind Amtsgerichtsrat Gerd Dieter Gabriel und Pfarrer Otto Klump.

Köln: Vor dem Evangelischen Arbeitskreis der Jungen Union Rheinland referierte am 21. November Botschafter a.D. Dr. Heinrich Böx über "Chancen und Möglichkeiten einer aktiven deutschen Ostpolitik". In der anschließenden Diskussion unter Leitung des Vorsitzenden des EAK der JU Rheinland setzten sich die Teilnehmer kritisch mit dem Vorgehen der derzeitigen Bundesregierung in diesen Fragen auseinander. Die nächste Tagung des EAK der JU Rheinland soll im Januar 1971 stattfinden.

Berlin: Im Vorfeld der am 14.3.1971 stattfindenden Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus beabsichtigt der Evangelische Arbeitskreis Berlin im Januar eine Landestagung durchzuführen, auf der u.a. auch einige prominente protestantische Unionspolitiker spre-

chen sollen.

Hamm/Westf.: Der Landesverband Westfalen des EAK hatte am 21. November 1970 zu einer größeren Tagung nach Hamm eingeladen. Als Thematik für dieses Treffen hatte man "Schule in freier Trägerschaft" gewählt. Es referierte hierzu für die evangelische Seite Landeskirchenrat Dr. Rödding; aus katholischer Sicht nahm Oberstudienrat Dr. Dikow, Schuldekan beim Generalvikariat der Diözese Münster, Stellung.

Kiel: Der Evangelische Arbeitskreis in Schleswig-Holstein (Vorsitzender Oswald Kleiner) führte mehrere Regionaltagungen u.a. in Husum und Neumünster durch. Am 25. November 1970 sprach in Neumünster der Vorsitzende des EAK Oldenburg, Dr. Alfred Gramsch, zum Thema "Verplante Bildung - wo bleibt das Recht der Eltern?".

Düsseldorf: Die für Dezember vorgesehene Landestagung des Evangelischen Arbeitskreises Rheinland ist auf Januar 1971 verschoben worden. Auf dieser Versammlung wird neben der Behandlung aktueller politischer Fragen auch der Vorstand des Landesarbeitskreises neu gewählt werden. Der bisherige EAK-Landesvorsitzende, Dr. Otto Flehinghaus, Landesjustizminister a.D., beabsichtigt, das Amt des Vorsitzenden in jüngere Hände zu legen.

Bad Kreuznach: Voraussichtlich am Samstag, d. 6. März 1971, - zwei Wochen vor den Landtagswahlen - wird sich der Evangelische Arbeitskreis Rheinland-Pfalz in Bad Kreuznach versammeln. Im Mittelpunkt dieser Arbeitstagung wird die Mitwirkung verschiedener CDU-Bundespolitiker stehen. Der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, Dr. Helmut Kohl, hat seine Teilnahme ebenfalls zugesagt.

EAK Bayern: In der Schriftenreihe der Christlich-Sozialen Union ist eine Broschüre mit den Referaten der diesjährigen EAK-Landestagung der CSU erschienen. Auf dieser Landestagung sprachen neben dem Vorsitzenden des EAK, dem Bundestagsabgeordneten Hans Roser, Staatssekretär Dr. Karl Hillermeier, MdL, sowie der bayerische Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Dr. Franz Heubl, MdL. Darüber hinaus enthält die Broschüre auch Namen und Anschriften der Mitglieder des Landesvorstandes. Dem geschäftsführenden Landesvorstand gehören an: Landesvorsitzender Hans Roser, MdB; sowie die stellv. Landesvorsitzenden Staatssekretär Dr. Karl Hillermeier, MdL, und Roland Friedrich Messner, MdL; Schriftführer sind Staatssekretär Erwin Lauerbach, MdL, und Dr. Irmgard Weiß; Schatzmeister sind Stadtrat Egon Belitz und Bürgermeister Ernst Walz; Geschäftsführer ist Wolfgang Vogelsang.

Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
53 Bonn/Rhein, Kaiserstraße 22, Ruf 02221-52931
Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten
